

Herr Thiebes (Vorsitzender) übergab den Vorsitz für diesen TOP an Herrn Puffe (zweiter stellvertretender Vorsitzender).

Herr Thiebes gab an, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung im Sinne der CDU-Fraktion sei. Der Weg scheine in der ursprünglich angedachten Form nicht realisierbar zu sein. Die evangelische Kirche scheine nicht bereit zu sein, Land abzugeben. Ein 1,5m breites Gässchen, welches wahrscheinlich vor allem von Hunden belegt werde und dann vielleicht auch noch dunkel und eng sei, halte man nicht für sinnvoll.

Herr Puffe verwies auf den zu diesem TOP vorliegenden Antrag und erteilte den antragstellenden Fraktionen das Wort.

Herr Knülle sagte, dass man es für verfrüht halte, zu beschließen, auf den Weg zu verzichten, und deshalb den Antrag gestellt habe. Den Antrag stellte er ausführlich vor.

Auf Nachfrage von Herr Puffe ergänzte Herr Knülle, dass man nicht erwartet habe, dass die Verwaltung den Zeitplan in dieser Sitzung vorlege, in der nächsten Sitzung sei das völlig ausreichend.

Herr Thiebes sagte, über die Notwendigkeit des Ortsteilentwicklungskonzeptes bestehe überhaupt kein Dissens. Man spreche sich jedoch gegen das Aufhalten des Bauvorhabens aus. Wenn es sich später ergebe, könne man den Weg immer noch nachträglich einfügen. Dies sei aber erst ein nächster Schritt, der durch die zu beauftragenden Planer erarbeitet werden müsse, und davor stehe man nun. Das, was dort entstehen solle, nämlich ein Zentrum für Physiotherapie, würde einen sehr großen Gewinn für die immer älter werdende Bevölkerung in Hangelar darstellen. Der Investor habe das abgespeckt, damit sei man so einverstanden und folge dem Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Herr Pätzold erwiderte, dass er dies genau umgekehrt sehe. Die Entwicklung in der Hangelarer Ortsmitte sei geprägt von Einzelfallentscheidungen und kleinteiligen Veränderungen, die nicht wirklich aufeinander abgestimmt seien. Umso wichtiger sei es, nun zunächst den grundlegenden Schritt zu gehen und erst dann über Einzelmaßnahmen zu entscheiden, wenn man wisse, wo man hinwolle.

Herr Puffe fragte, ob es zu diesem Zeitpunkt schon möglich sei, einen konkreten Zeitplan für die Erarbeitung der Ortsteilentwicklungsplanung inkl. Bürger\*innen-Beteiligung zu benennen.

Herr Knipp gab an, dass insgesamt ca. 13 Monate für die Erstellung des Ortsteilentwicklungskonzeptes vorgesehen seien. Den groben Zeitplan könne man den Fraktionen frühestens in der 8. Kalenderwoche zusenden, aber dieser werde natürlich viele Abhängigkeiten enthalten, da man z.B. nicht voraussehen könne, wie viele Bürgerbeteiligungsveranstaltungen der Prozess umfassen werde.

Herr Puffe fragte, ob dies der Intention des Antrags entspreche und falls ja, ob über den Antrag dann überhaupt abgestimmt werden müsse.

Herr Knülle machte deutlich, dass eine Abstimmung von den antragstellenden Fraktionen gewünscht sei.

Herr Puffe sagte, er werte den Antrag als weitergehend als die Verwaltungsvorlage und werde insofern über den Antrag abstimmen lassen.